



OSTSEEPARLAMENTARIER- KONFERENZ

EntschlieÙung

35. BSPC, Lübeck 2026

Die 35. Ostseeparlamentarierkonferenz, die in Lübeck, Schleswig-Holstein, zusammengekommen ist,

<i>unter Betonung</i>	ihres Mandats zur Stärkung des parlamentarischen Dialogs, des gegenseitigen Verständnisses und der Zusammenarbeit zwischen den demokratischen Parlamenten des Ostseeraums,
<i>in Bekräftigung</i>	des Bekenntnisses ihrer Mitglieder zu den gemeinsamen Werten der Demokratie, zur Rechtsstaatlichkeit, zur Achtung der Menschenrechte und zu den Grundsätzen des Völkerrechts, bei gleichzeitiger Stärkung der demokratischen Resilienz,
<i>in Anerkennung</i>	der Ostseeregion als Raum starker gegenseitiger Abhängigkeit und gemeinsamer Verantwortung in einem sich wandelnden geopolitischen Umfeld,
<i>in tiefer Besorgnis</i>	über die anhaltenden und sich verschärfenden Sicherheitsherausforderungen durch den andauernden Angriffskrieg Russlands gegen die Ukraine und dessen tiefgreifende Auswirkungen auf die regionale Stabilität, die Sicherheit und die Resilienz im Ostseeraum, wo weiterhin ein sehr hohes Risiko für feindselige und eskalierende Handlungen Russlands besteht, einschließlich der erheblichen Bedrohung durch die Aktivitäten der sogenannten Schattenflotte,
<i>in Bekräftigung</i>	des Bekenntnisses ihrer Mitglieder, die Ukraine weiterhin zu unterstützen,
<i>unter Hervorhebung</i>	der Bedeutung der Souveränität, der territorialen Integrität und des Rechts der Völker auf Selbstbestimmung als grundlegende Elemente der internationalen Ordnung,
<i>unter erneuter Betonung</i>	der Notwendigkeit, vulnerable Gruppen zu schützen, die Rechte von Geflüchteten, ethnischen Minderheiten, LGBTQI-Personen, Frauen, Kindern, älteren Menschen und anderen vulnerablen Gruppen, die in Kriegszeiten besonders gefährdet sind und durch intolerante Einstellungen bedroht werden, zu schützen und ihre Sicherheit zu gewährleisten sowie die sexuelle und reproduktive Selbstbestimmung zu verteidigen und das Recht auf reproduktive Gesundheit zu achten,
<i>in Bekräftigung</i>	ihrer Entschlossenheit, gegen den Klimawandel und den Verlust der biologischen Vielfalt vorzugehen, das Ökosystem der Ostsee zu schützen und

wiederherzustellen sowie die nachhaltige Nutzung von Energie, einschließlich erneuerbarer, fossilfreier und emissionsfreier Energie, zu fördern,

unter Betonung der Tatsache, dass Investitionen in die Klima- und Katastrophenresilienz eine Investition in die Zukunft darstellen, die langfristig greifbare Vorteile bringt, und unter Hervorhebung der positiven Auswirkungen von Fortschritten bei der Erzeugung emissionsfreier Energie und von nachhaltigen landwirtschaftlichen Praktiken im Hinblick auf die Verringerung von Treibhausgasemissionen und den Verlust der biologischen Vielfalt,

unter Hervorhebung der wachsenden Bedeutung des Ostseeraums für die Gewährleistung der Energiesicherheit in der Ostseeregion,

unter Betonung der strategischen Bedeutung der Ostsee für nachhaltiges Wirtschaftswachstum in den Mitgliedstaaten sowie der Notwendigkeit, die kritische Infrastruktur zu schützen, die große Mengen an emissionsfreier Energie bereitstellt,

mit Besorgnis feststellend, dass die Energiepreise anhaltend hoch sind, und in Anerkennung der Tatsache, dass der Ausbau neuer emissionsfreier Energiekapazitäten zur Stabilisierung und Senkung der Energiepreise beitragen kann.

Jugendbeteiligung und generationenübergreifender Dialog

In Anlehnung an das Leitmotiv der schleswig-holsteinischen Präsidentschaft „Youth.Set.Sail.“ betont die Ostseeparlamentarierkonferenz die Bedeutung der Stärkung der Jugendbeteiligung und der generationenübergreifenden Demokratiekompetenz im Ostseeraum.

Die Konferenz

1 fordert daher die Regierungen des Ostseeraums auf, staatliche, freiwillige Jugendprogramme zur Krisenvorsorge einzurichten, die die Minderung von Klima- und Katastrophenrisiken, medizinische Erstversorgung, Cybersicherheit, Sensibilisierung für Desinformation und allgemeine zivile Vorsorge abdecken und die unter anderem über bestehende Netzwerke im Ostseeraum und durch sektorübergreifende Zusammenarbeit unter aktiver Einbeziehung von Jugendorganisationen zur Förderung einer gesamtgesellschaftlichen Kultur der Vorsorge umgesetzt werden sollen, wobei es jedem

Land freisteht, diese an seine eigenen Risiken, Bedürfnisse und Prioritäten anzupassen, unter besonderer Berücksichtigung der spezifischen Bedürfnisse von abgelegenen und dünn besiedelten Gebieten sowie Inselgebieten, einschließlich logistischer Resilienz, maritimer Anbindung und Zugang zu Rettungsdiensten;

2 fordert daher die Regierungen und Parlamente des Ostseeraums auf, einen strukturierten Dialog mit jungen Menschen zu den Themen Demokratie, Grundrechte und Rechtsstaatlichkeit zu fördern und damit zum Schutz und zur Stärkung der Demokratie im gesamten Ostseeraum beizutragen;

3 fordert daher die Regierungen und Parlamente des Ostseeraums auf, den Dialog mit Jugendvertreterinnen und -vertretern zu stärken und die Umsetzung des HELCOM-Ostseeaktionsplans 2021 zu beschleunigen, mit besonderem Schwerpunkt auf der Reduzierung der Eutrophierung, dem Schutz und der Wiederherstellung der Meeresbiodiversität, der Verbesserung der Wasserqualität sowie der Stärkung der Zusammenarbeit zwischen den für den Schutz des Ostsee-Ökosystems zuständigen regionalen Institutionen, um im Sinne künftiger Generationen einen guten ökologischen Zustand der Ostsee zu erreichen;

4 fordert daher die Regierungen des Ostseeraums nachdrücklich auf, im Rahmen von HELCOM einen gemeinsamen Mechanismus zur Überwachung der PFAS-Belastung in der Ostseeregion und zur öffentlichen Berichterstattung darüber einzurichten, der auf einer standardisierten Methodik und dem offenen Zugang zu vergleichbaren und aktuellen Daten basiert; im Hinblick auf die entsprechenden Verpflichtungen aus dem Ostseeaktionsplan 2021 (BSAP) Fortschritte zu erzielen; und im Rahmen der Arbeit von HELCOM ein Jugendberatungsprojekt mit Pilotcharakter zu ermöglichen;

5 fordert daher die Regierungen und Parlamente des Ostseeraums auf, sich in den Verhandlungen über den mehrjährigen Finanzrahmen 2028–2034 für eine angemessene europäische Finanzierung für die Ostseeregion und die Umsetzung der in dieser EntschlieÙung dargelegten Empfehlungen einzusetzen und ausreichende Mittel für die Kohäsionspolitik, den sozialen Zusammenhalt und die soziale Inklusion sicherzustellen;

6 fordert daher die Regierungen auf, gezielte Mittel für Digitalkompetenz bereitzustellen, wobei Bürgerinnen und Bürger besondere Berücksichtigung finden sollten, die von digitaler Ausgrenzung bedroht sind; dabei sind die Integration der Bildungssysteme sowie die entsprechende Ausbildung von Lehrkräften und wissenschaftlichem Personal zu berücksichtigen;

7 ruft daher die Regierungen und Parlamente des Ostseeraums auf, einen festgelegten Anteil der öffentlichen Beschaffung für digitale Infrastruktur, insbesondere künstliche Intelligenz, und für Open-Source-Systeme vorzusehen, sodass die öffentliche Hand mit einer digitalen Infrastruktur arbeitet, die sie

überprüfen, kontrollieren und steuern kann, und gleichzeitig die regionalen Kapazitäten zur Entwicklung solcher Systeme zu stärken, ohne einen einzelnen Anbieter zu bevorzugen;

8 fordert daher die Regierungen nachdrücklich auf, der digitalen Souveränität Vorrang einzuräumen, und zwar durch den Einsatz von Open-Source-Software und den Aufbau einer eigenen digitalen Infrastruktur, um die Resilienz von öffentlicher Verwaltung und staatlichem Handeln zu gewährleisten.

Demokratische Resilienz im Zeitalter hybrider Bedrohungen und künstlicher Intelligenz

9 *Die demokratische Resilienz in der Ostseeregion gerät durch hybride Bedrohungen, ausländische Informationsmanipulation und den raschen Fortschritt der künstlichen Intelligenz zunehmend unter Druck. Die Bewältigung dieser sich wandelnden Herausforderungen ist eine politische Aufgabe, die anhaltende parlamentarische Aufmerksamkeit und grenzüberschreitende Zusammenarbeit erfordert.*

10 fordert daher die Regierungen und Parlamente im Ostseeraum auf, nationale Strategien im Bereich der Cyber- und Informationssicherheit mit spezifischem Fokus auf den Ostseeraum zu entwickeln bzw. zu aktualisieren und gemeinsam einen strategischen Rahmen für den gesamten Ostseeraum auszuarbeiten, der Cybersicherheit, den Schutz kritischer Infrastruktur, die Bekämpfung von Desinformation und die demokratische Regulierung von künstlicher Intelligenz umfasst und dabei auch neu auftretende Bedrohungen durch feindliche Drohnenaktivitäten, Schwachstellen der kritischen maritimen Infrastruktur sowie die Aktivitäten von Schattenflotten, mit denen Sanktionen im Ostseeraum umgangen werden, berücksichtigt und zivilgesellschaftliche Organisationen konstruktiv als Partner bei der Stärkung der gesellschaftlichen Resilienz einbezieht;

11 fordert daher die Parlamente nachdrücklich auf, die regionale Koordination bei Cyber- und Informationsvorfällen zu stärken, indem nationale Behörden in entsprechende Krisenreaktionsrahmen der EU und der NATO eingebunden werden, mit besonderem Augenmerk auf schwere Angriffe auf kritische Infrastruktur und koordinierte Informationsoperationen sowie auf Vorfälle im Zusammenhang mit feindlichen unbemannten Flugsystemen, mutmaßliche Sabotage an Unterwasserinfrastruktur und maritime Sicherheitsrisiken durch Schattenflottenoperationen, wobei der Beitrag zivilgesellschaftlicher Netzwerke in den Bereichen Frühwarnung, Sensibilisierung der Öffentlichkeit und gesellschaftliche Resilienz anzuerkennen ist;

12 ruft daher die Regierungen und regionale Akteure auf, einen Fahrplan zur Stärkung der demokratischen und kognitiven Resilienzagenda voranzutreiben, um die Themen Desinformation, ausländische Informationsmanipulation und KI-gestützte Einflussnahme anzugehen, einschließlich der

Entwicklung eines Frühwarnnetzwerks für feindliche Informationsaktivitäten im Ostseeraum; die Medienkompetenz, das kritische Denken und das öffentliche Bewusstsein durch eine verstärkte Zusammenarbeit mit der Zivilgesellschaft und ihren Organisationen, unabhängigen Medien, Forschungseinrichtungen und Jugendorganisationen zu stärken; die Nutzung sicherer elektronischer Identifikationsverfahren und verifizierter digitaler Identitäten auf Social-Media-Plattformen zu fördern, unter Wahrung der Privatsphäre, der Meinungsfreiheit und der Grundsätze des Datenschutzes, um Desinformation, böswilliger Einflussnahme, Bot-Netzwerken und der missbräuchlichen Nutzung gefälschter Konten entgegenzuwirken; sowie die Zusammenarbeit im Bereich der kognitiven Sicherheit zu fördern, damit das Vertrauen, eine fundierte Entscheidungsfindung und der demokratische Diskurs im Ostseeraum gewahrt bleiben.

Schlussbemerkung

Abschließend ersucht die Ostseeparlamentarierkonferenz das Sekretariat der Ostseeparlamentarierkonferenz, die vorliegende EntschlieÙung an die Regierungen und Parlamente des Ostseeraums, die Institutionen der Europäischen Union, den Ostseerat und andere relevante regionale Organisationen zu übermitteln, und ruft die Adressaten auf, darüber zu berichten, welche Maßnahmen in Reaktion auf die in dieser EntschlieÙung angesprochenen Themen ergriffen wurden.

Die Konferenz nimmt das Angebot des isländischen Parlaments, die 36. Ostseeparlamentarierkonferenz vom 29. bis 31. August 2027 in Reykjavík auszurichten, dankend an.
